

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tageblatt Riesa,
Genuß Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postgeschäft: Dresden 1539
Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 93.

Freitag, 21. April 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugsspreis, gegen Voranzeigung, monatlich 15.— Platz ohne Druckerlohn. Einzelnummer 80 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im vorauß zu bezahlen; eine Gewähr für das Erstellen am bestimmten Tag und Plätze wird nicht übernommen. Preis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundchrifte Zeile (8 Silben) 8.— Wart-, zeitraubender und teuerlicher Satz 30%, Aufschlag. Nachahmungs- und Vermittlungsgeschrifte 1 M. Festes Tarife. Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Durchsetzung- und Erfüllungsgeschrifte: Riesa. Nichtige Unterhaltungsschäden „Fahrlässig an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Jahrmarkt.

Der erste diesjährige Jahrmarkt findet am 23., 24. und 25. April 1922 statt. Er beginnt am 23. April, mittags 12 Uhr, und endigt am 25. April, mittags 6 Uhr und am 24. April nur bis abends 10 Uhr aufstehen.

Die Marktordnung der Stadt Riesa vom 29. März 1912, deren Bestimmungen genau zu beachten sind, liegt in je einem Druckblatt in der Polizeiwache, im Bahnhof zum Kronprinz, in der Restauration zur Burg und im Bahnhof zum Stern zur Einsichtnahme aus.

Der Rat der Stadt Riesa, am 21. April 1922.

Die am 1. April d. J. auf den 1. Termin fällig gewesenen Brandversicherungsbeiträge sind

bis spätestens den 24. April 1922

an unsere Steuerkasse zur Vermeidung zwangswise Weitreibung zu bezahlen.

Gröba (Elbe), am 20. April 1922.

Der Gemeindevorstand.

Deutschliches und Sachsisches.

Riesa, den 21. April 1922.

* Den heutigen Volkschulen wurden am Mittwoch 188 Osterneulinge, 107 Knaben und 81 Mädchen, angeführt. Im Jahre 1920 betrug die Zahl der Ab-Schüler 812 (145 Knaben und 167 Mädchen) und 1921: 307 (139 Knaben und 168 Mädchen). Die anfängliche Abnahme in diesem Jahre ist eine Auswirkung der Kriegszeit und kann daher auch nur als Nebengeschäftserscheinung angesehen werden.

* Fahrabend ist ab 1. Am 20. April 1922 in der Zeit von 1 bis 2 Uhr nachm. wurde hier aus dem Hausrundstück Goethestraße 73 ein Herrenfahrrad (Mitarke und Nummer unbekannt, schwarzer Rahmenbau, dergl. Felgen und Schuhbleche, hochgezogene Lenkstange ohne Bremsen, neue Pedale) geklaut. In der Mitte der Felgen und Schuhbleche befindet sich ein Alkoholstreifen. Für die Wiedererlangung desrades sind 100 Mark Belohnung ausgesetzt. Gaddienliche Wahrnehmungen wolle man der Polizei zur Kenntnis bringen.

* Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. Hallbauer gestorben. In Köthenbrücke, wo er im Aufstand lebte, verstarb am Dienstag im 80. Lebensjahr der frühere Generaldirektor der Lauchhammer A.-G., Dr.-Ing. h. c. Aug. Hallbauer. Der Heimgegangene war am 23. November 1842 in Bittau als Sohn eines Finanzrates geboren und besuchte in Dresden das Polytechnikum. Mit 19 Jahren arbeitete er praktisch in den Werkstätten der Sächsischen Staatsseidenfabrik in Leipzig, dann bei der Firma Hartmann in Chemnitz und war darauf zwei Jahre in einem Seidenfabrik in Amerika beschäftigt. Alsdann war er wieder bei Hartmann, bei Krupp in Essen und auch längere Zeit in Aachen tätig. Danach übernahm er die Neugründung der Lauchhammerwerke und leitete sie seitdem als Generaldirektor. Die Technische Hochschule zu Dresden ernannte ihn zum Dr.-Ing. h. c. Nachdem er vor einigen Jahren aus seiner Stellung geschieden war, gehörte er noch dem Ausschusserat der Lauchhammerwerke an.

* Die Gründungsmitte Konferenz in Berlin. Wie die „Sächs. Staatszeitung“ meldet, fand gestern in Berlin eine Versammlung der deutschen Ernährungsminister statt, an der im Auftrage der sächsischen Regierung der Staatsminister des Reichs, Ministerialdirektor v. Hübel und der Regierungspräsident Karlshausen teilnahmen. Werner hat sich der bayerischen Landwirtschaftsminister nach Berlin begeben. Die Konferenz besaß sich vor allem mit der Frage der Kartoffelbewirtschaftung.

* Wochenbericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung vom 9. bis 15. April 1922. Bedingt durch das Osterfest war die Vermittelungstätigkeit in der Berichtswoche gering. In der Landwirtschaft nimmt der Mangel an geeigneten Arbeitskräften immer schärfer Formen an. Ebenso kommt der Bedarf an Handarbeiterinnen und Gehilfen für Baumschulen in Dresden nicht gedeckt werden. Der Stollberger Bergbau sucht weiterhin inländische Arbeiter unter 35 Jahren für Untertagebau. Die Belegschaften haben durchgängig ihren Betrieb aufgenommen. Der Geschäftsgang der Metallindustrie befindet sich noch auf alter Höhe. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist aber nach. Auch die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Textilindustrie war geringer als bisher. In der Papierindustrie herrscht hauptsächlich Nachfrage nach weiblichen Kräften. Der günstige Gesamtzustand im Buchbindergewerbe hielt an. Die Kartonagenfabrikation ist durch Rohstoffmangel stark behindert. Im Sattler-, Tafelerker- und Kürschnergewerbe bleibt die Lage weiter günstig. In der Holzindustrie besteht unveränderter Mangel an tüchtigen Facharbeitern, besonders guten Möbelstechern. Die Lage für Bäder und Fleischer ist unverändert schlecht, auch die Schokoladen- und Süßwarenindustrie nahm Entlassungen vor. Die Zigarettenbranche verbesserte sich. Das Schuhgewerbe sucht noch wie vor erstklassige Gehilfen für Groß- und Kleinstadt. Der Bedarf an Arbeitskräften für die Schuhindustrie wie auch für das Schuhmacherhandwerk war etwas größer. Im Baugewerbe tritt der ständige Mangel an Maurern und Zimmerleuten immer stärker in Erscheinung. Gleichzeitig ist auch die Lage im Asphalt-, Dachdecker-, Ofensieder- und Steinseidergewerbe. Im Holzgewerbe vertingerte sich die Aufnahmefähigkeit. Im Handelsgewerbe war der Eingang von Aufträgen schwächer. Das Gastwirtschaftsgewerbe hat weiter verhältnismäßig starke Bedarf an Bedienungspersonal. Für Angestellte verbesserte sich die Lage.

* Das Volksbegehren achtete überwiegend. Die beiden hinter dem Volksbegehrten liegenden Parolen geben bekannt: Infolge der vielfachen an die Geschäftsstellen ergangenen Anfragen teilen wir mit, daß sich jede weitere Sammlung von Unterschriften zur Untersuchung unseres Untertages aufs Volksbegehrten erledigt hat. Die Auslegung der Unterzeichner in Dresden hatte lediglich den Zweck, vorzüglich die im Gesetz vorgeschriebenen tausend Unterschriften zu bekommen, die notwendig waren, wenn wider Erwarten der von parteiweisen gestellte Antrag vom Gesamtministerium als nicht genügend erachtet werden würde. Die schaferliche Zahl von tausend

Unterschriften ist während der Feiertage um das Achtjahr überschritten worden.

* Der landwirtschaftliche Betriebsgewinn. Auf einer Anfrage des Reichstagsabgeordneten Graf von Janis hat das Reichsfinanzministerium geantwortet: Nach Par. 32 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes ist der landwirtschaftliche Betriebsgewinn durch Vergleich der Betriebsleistungen und der Betriebsausgaben unter Berücksichtigung des Unterchiedes in dem Stande und Wert der Wirtschaftserzeugnisse, Waren und Vorräte des Betriebes, der dem Betriebe dienenden Gebäude nebst Zubehör, sowie des beweglichen Anlagekapitals am Schlusse des Wirtschaftsjahrs gegenüber dessen Stande und Werte am Anfang bestimmt zu stellen. Als Wert dieser Gegenstände gilt nach Par. 33a des Einkommensteuergesetzes der Anschaffungs- oder Herstellungspreis, soweit ein solcher gegeben ist, nach Abzug der zulässigen Ablesiungen für Abnutzung. Ist ein Anschaffungs- oder Herstellungspreis nicht gegeben, so ist der gemeine Wert in Anatz zu bringen. Übersteigt für einen Gegenstand der Anschaffungs- oder Herstellungspreis den gemeinen Wert, so ist der Steuerpflichtige berechtigt, diesen Wert anstelle des Anschaffungs- oder Herstellungspreises zu setzen.

* Fehlbeträge bei Dienststellen der inneren Verwaltung. Wie die sozialdemokratische Dresdner Volkszeitung“ mitteilt, ergaben die Nachprüfungen bei fünf Dienststellen der inneren Verwaltung Sachsen Fehlverträge von rund 227 000 Mark. Gegen mehrere Beamte wurde Strafanzeige wegen Veruntreuung und Unforschriften erhoben. Zwei Beamte haben Selbstmord verübt, darunter der Kassierer der Baugewerkschaftsverband.

* Eine Handelsgepflogenheit, die gegen Treu und Glauben verstößt. Eine interessante Entscheidung des Berliner Landgerichts wird in einer Berliner Zeitung veröffentlicht. Dieser liegt ein telefonischer Kaufauftrag auf eine Luther-Matchinen-Aktie zu Grunde. Da der das Telefon bedienende Bankbeamte statt Luther-Moeller-Matchinen-Aktie verstanden hatte, wurde ein solcher Kauf von dem Kunden nicht angenommen. In dem sich hieraus ergebenden Schadenerlassprozeß verurteilte das Amtsgericht Berlin den Kunden auf Grund eines Gutachtens der Handelskammer Berlin zur Schadenerlastung, weil im Bankgewerbe ganz allgemein der Grundtag galt, daß Wissensverlust bei telefonischen Aufträgen dem Kunden zur Last fallen. Gegen das Urteil des Amtsgerichts wurde Berufung eingelegt. Das Landgericht Berlin kam dann auch zu einem völlig anderen Ergebnis und hob die Verpflichtung zur Schadenerlastung auf. Besonders interessant an dem Urteil ist die Feststellung, daß, wenn eine allgemeine Regelung dahin ginge, daß im Verkehr zwischen Banken und Kunden bei telefonischen Wissensverlusten der Kunde unter allen Umständen den Schaden zu tragen habe, dies gegen Treu und Glauben verstößt und als rechtswidrig nicht betrachtet werden könnte. Diese Entscheidung des Landgerichts Berlin dürfte weit über den vorliegenden Fall hinaus Anwendung auf allgemeine Beachtung verdienen.

* Sämtliche Kriegsbeschädigte, die an ihrem Dienstbeschädigungsleiden erkranken und ambulant ärztlich behandelt werden, erhalten für den Fall der Arbeitsunfähigkeit Krankengeld. Soweit es sich um Krankenhausmitglieder handelt, wird ihnen das Krankengeld in der satzungsgemäßen Höhe während der satzungsgemäßen Zeit neben der Rente ausgezahlt. Solche Beschädigte, die lediglich zum Zwecke der Heilbehandlung den Krankenkassen zugestellt sind, ohne selbst versicherungspflichtig zu sein (Angestellte), und solche Krankenhausmitglieder, deren Unterstützungsanspruch an die Krankenkasse verbrucht ist, also die Ausgaben über die noch nicht vollberechtigten Verstürtzen, erhalten im Falle einer Einkommensminderung durch die Erkrankung ebenfalls Krankengeld; seine Höhe richtet sich nach den Bestimmungen der jeweils die ärztliche Behandlung vermittelnden Krankenkasse mit der Einräumung, das Krankengeld und Rente zusammen den Betrag der Vollrente nicht übersteigen dürfen. Das Krankengeld wird höchstens nichtzulässig durch die Krankenkassen ausgezahlt.

* Großenhain. Herr Superintendent Fleißig und Frau verabschiedeten sich am Mittwoch vor der Heilfahrt des Kirchenkreises, die auf den Nachmittag mit ihren Damen in den Sachsenhof zusammengetreten worden war. Unerhörte herzliche Abschiedsworte wurden dem Scheitenden aus Stadt und Land zu teil. Als Beleidigten bleibenden Verbündeten wurden ihm die Bilder seiner Geburtsstätte überreicht. Auch konnte man ihm die Freude machen, eine unter den Amtsbrüdern gesammelte Summe für die Rote des eigenen Standes, für Pfarrwitwen und -Waisen, die überaus deutlich ist, zur Verfügung zu stellen.

* Dresden. Anfang April hatten die Kaufleute Samuel Petromer und Peter Zellinger, beide aus Marmon-Saiger in Rumänien, in Berlin für je 25000 Mark Seide gekauft. Auf der Fahrt nach Rumänien waren die beiden Kaufleute durch ihre dicken Beine und den Umfang ihres Leibes auf dem Bahnsteige des Dresdner Hauptbahnhofs aufgeschlagen. Polizeiamt, die auf böhmische, bzw. tschechische

Schmuggler achteten, nahmen eine Durchsuchung der beiden verdächtigen Männer vor, die tatsächlich die ganze Seide um Hände und Leib gewickelt hatten. Das Dresden Schöffengericht verurteilte jetzt die zwei Schmuggler wegen Übertretung der Ausfuhrbestimmungen zu je einem Monat Gefängnis und zu je 75000 Mark Geldstrafe oder als Freispruch zu je einem weiteren Jahr Gefängnis. Die beschlagnahmte Seide im Werte von 50000 Mark wird eingezogen.

* Dresden. Das Preseamt des Polizeipräsidiums teilte mit: Gestern vormittag gelang es der bessigen Kriminalpolizei nach langem Suchen den faulenflüchtigen Gefreiten Paul Janis, der am 17. April abends in der siebten Stunde an seiner früheren Geliebten in der Schanzenstraße einen Mordversuch verübt und dann flüchtete, festzunehmen.

* Görlitz. In unserer Blumenthal Sebnitz traten am Dienstag etwa 60 bis 70 Vertreterinnen und Vertreter der Jugendbewegung der Deutschen Volkspartei aus dem ganzen Reich, aus Deutsch-Ostpreußen und aus Deutsch-Böhmen zusammen. Der eigentlichen Tagung ging ein Begrüßungssabend voraus, den die rührige Sebnitzer Jugendgruppe im Verein mit der Ortsgruppe der Partei unter der Leitung ihres verdienten Vorsitzenden, Fabian Schwager, vorbildlich bereit hatte. Am Mittwoch vormittag hielt Dr. Lütter zunächst einen Vortrag über Freiheit und Aufgaben deutscher Volkstums. Er bezeichnete als die wesentliche Aufgabe deutscher Volkstums, zum Bewußtsein deutlicher Art alles zu erzielen, was deutsches Antlitz trägt. Nach ihm sprach der Leipziger Reichstagsabgeordnete Landgerichtsrat Dr. Wunderlich in böhmisches Interesse, feinfühlige Ausführungen über Deutsches Volkstum und Staat. Dr. Wunderlich untersuchte eingehend die Gründe, aus denen wir mit Recht über so vielfach mangelndes Selbstbewusstsein und mangelnde Staatsgefühlung im deutschen Volke klagen müssen. An die Begriffe schloß sich eine lebhafte Diskussion, während des Nachmittags einer gemeinsamen Wandertour gewidmet war.

* Bittau. Im den unterhalb der Lausche gelegenen ländlichen Industrievorort Waltersdorf war im Januar d. J. der in den örmlichen Verhältnissen lebende Glücklicher Ernst Gottschalg Jungmichel. Allgemein war man der Ansicht, daß er sein Leben nur nördlig fröhlich und kaum gebührend lebte, um sich fast zu essen. Als nun seine Angehörigen jetzt zu Hause in der Wohnung großes Nein machen hielten, fiel ihnen unter dem Ober ein loher Blauer Auge auf. Sie haben diesen auf und trauten ihren Augen kaum, als ihnen drei Häufchen von 20- und 10-Mark-Goldstücken entgegenstießen. Jedes Häuflein enthielt 2000 Mark in Gold. Da drei Kinder vorhanden sind, scheint der arme Schuster die Erbhaft richtig geteilt zu haben, die nach dem jetzigen Goldkurs 300 000 Papiermark darstellt. Gewiß eine schöne Übergabe für die Eltern, die durchweg nicht zu den Begüterten zu zählen sind.

* Schönau. Die Fahrgäste des Breg.-Berliner Schnellzuges erlebten plötzlich bei der Grenzkontrolle in Bödenbach folgende amüsante Szene: Ein Herr fand den Beamten aus, weil er seinen langen Ledergürtel trock des warmen Frühlingswetters bis unters Kinn zugeknöpft hatte und ihn zudem noch mit beiden Händen an den Leib hielt.

Die Grenzbeamten entledigten den Reisenden des Ledergürtels und stellten zu ihrer Verwunderung fest, daß er darüber lediglich ein Hemd und ein Paar Strümpfe anhatte.

Der Schläue wollte den Zustand der deutschen Mark vollkommen ausmessen und sich in Berlin neu einkleiden. Die Polizeibeamten waren aber schlauer: Sie vermerkten auf dem Pap.: „Fährt ohne Anzug über die Grenze, darf keinen Anzug in die Tschechoslowakei zurückbringen.“

* Wehlen. Nach jahrelangen Bemühungen und Geschworenen der Beteiligten hat nunmehr der Straßenbau von Stadt Wehlen nach dem sogenannten Steinbrückplateau durch das Zusammenwirken der beteiligten Bevölkerung in Angriff genommen werden können. Der Bau erfolgt nach den Plänen und unter der Leitung des staatlichen Straßen- und Wasserbaus Wehlen.

* Waldheim. In der Nacht zu Mittwoch passierte in Waldheim unweit des Bahnhofs ein größerer Unfall. Das Dresden Speditionsfirma Görslack gehörende Möbelauto, das sich vollbeladen auf der Rückfahrt nach Dresden befand, rutschte infolge Verlustes der Bremse bergab, wobei zwei auf der Rückseite des Autos sitzende Männer auf unaufgeregte Weise verunglückten. Einen einen wurden beide Beine zerquollen, dem anderen eines. Im städtischen Krankenhaus ist früh der schwerer Verunglückte seinen Verletzungen erlegen.

* Geishennersdorf. Ein tragisches Geschehen hat die Familie des Eisenbahn-Strecken-Rottentüpfers Robert Höhne ereilt. Am Ostermontag morgens fand man, etwa 50 Schritte von der Reichsgrenze entfernt, in der Böschung der Mandau die verschlammte Leiche des seit etwa 14 Tagen vermissten Rottentüpfers Höhne. Der Fall ist derart unklar, daß es erst in einiger Zeit möglich sein wird, ein amtliches Gutachten abzugeben. Vor etwa 14 Tagen, zur Zeit als die Mandau Hochwasser führte, begab sich Rottentüpfer Robert Höhne, ein sehr arbeitsamer und gern gejederner Mann, nach Bittau, um Stoff beim einen Anzug zu kaufen; er hatte über 5000 Mark in einer Brieftasche bei sich. Da er in Bittau den Anzug verloren,

Ausschreibung

der Dachdecker-, Steinmetz-, Anstallations-, Ofen-, Schlosser-, Tischler-, Maler-, Glaser- und Zinndeckerarbeiten für eine 4 Glasmalereigruppe des Bildungsvereins der Kriegsbeschädigten Gröba (V. B.). Anträge sind zu entnehmen beim 1. Vorstand Max Schaub, Gröba, Kirchstr. 16, vom 21. 4. 22 an, nachm. 4.-7 Uhr. Angebot hat zu erfolgen bis 28. 4. 22 abends 7 Uhr. Vergabeung der Arbeit bleibt vorbehalten. Bedingungen sind beim Vorstand einzusehen.

Max Schaub, 1. Vorstand.

Wir danken allen Freunden und Bekannten herzlich für die Ausmerksamkeiten, die sie uns gnädiglich unserer Verlobung erwiesen haben.

Emil Meinhold u. Frau
Hilde geb. Kramer.

Mitglied unserer Verlobung sind uns so zahlreiche Freunde der Liebe und Verlobung aufgetreten, dass es uns unmöglich ist, jedem einzeln zu danken. Wir sprechen allen überdrückt, zugleich im Namen unserer Eltern, unseren herzlichsten Dank aus.

Riesa, 21. 4. 1922. Ergebenst

Hartel Schober
Fritz Bergmann.

Münchner Löwenbräu Dresden

Horitzstr. 1b Landhausstr. 6
hält sich allen Besuchern Dresden als bekanntes, solides Familien- und Speisslokal bestens empfohlen.
M. Dederichs.



Hans Stühlers
Wachholderbeersaft

ohne Zucker, gar rein, uraltes bewährtes Hausmittel, darf in keinem Haushalt fehlen. In jedem Geschäft erhältlich. Generalvertrieb durch: Medizinal-Drogerie A. B. Hennicke. — Man sieht beim Gießau auf Schwanstraße.

Pommersche Saatkartoffeln

— Deodara und Phönix —
eingetroffen. G. Schuster, Bahnhof Wilsnitz.
In den nächsten Tagen treffen frühe rote Rosen ein.

Kein Färben

Keine grauen Haare durch Unwendung von Rektoret-Dauerfarbwiederhersteller. Zu haben bei Kurt Zeh,

Riesa, Wettinerstraße 11.

Baumpföhle
Rosenpföhle
Sichtentstangen
Baummaterial
empfiehlt

Döllscher
Um Schlachthof

Saatkartoffeln

(Waisen) erste Ablauf, verkaufst.

Herrl. Wehlheuer.

Saatkartoffeln

hat jederzeit abzugeben.

Hans Ludewig

Gröba bei Riesa

Spinnereistr. 11. Uhr 68.

Bei Krätze

Haustäschel, Flechten,

Hautjuckes z. wirkt sofort.

Krähe-Seife, Herbolom.

1. Dose 10.—, 15.— Mit.

für alte Fälle 20.— 25 Mit.

1 Päckchen Tee zur Kaffee 4 Mit.

Zu haben in der

Zentral-Drogerie Riesa.

Hennickes Radikal-

Wanzon

tod

der. Mittel d. Beratung

der Wanzon u. deren Preis

empf. in 1/4, u. 1/2 Pflocken.

Med.-Dro. A. Hennicke

Erläuterungen Lloyd Georges.

Deutschland verzichtet nicht auf den Vertrag mit Rußland.

Aus Genua wird gemeldet: Der Donnerstag nachmittag waren die in Genua anwesenden Vertreter aller Länder eingeladen worden, um eine Erklärung Lloyd Georges einzusezzen zu können. Der englische Premierminister legte hierbei u. a.: Die Konferenz ist noch am Leben und an der Arbeit. Der durch den Abschluss des deutsch-russischen Vertrages herbeigeführte Zwischenfall ist, wie ich hoffe, erledigt und wird keine weiteren Schwierigkeiten mehr machen. Es gibt jetzt für die Deutschen meines Glaubens vielleicht zwei Möglichkeiten, entweder, auf den Vertrag zu verzichten, oder, an den Sitzungen der 1. Kommission nicht mehr teilzunehmen. Ich glaube zu wissen, daß die Deutschen letzter bereit sind. Die Note an die deutsche Delegation war meiner Ansicht nach vollausreichend, und ich hoffe, daß sie eine ausgewogene Wirkung auf den künftigen Verlauf der Konferenz ausüben wird. Wenn auch die Wahrheit einer verbündigten Sichtung der Konferenz groß gewesen ist, so ist doch keine Rede davon, daß die Russen und die Deutschen den Vertrag abschließen in der Absicht vorgehen haben, die Konferenz zu Fall zu bringen. Neben diesen Punkt darf kein Mißverständnis bestehen.

Zu den Verhandlungen mit Rußland sagte Lloyd George: Ich hoffe, daß heute die russische Antwort einlaufen wird, und ich würde sehr erstaunt sein, wenn sie nicht so lautete, daß sie die Fortführung der Konferenz rechtfertigt. Morgen wird die politische Kommission zusammentreten, um die russische Antwort zu prüfen. Ich hoffe, die Konferenz wird zu einem vollen Erfolge führen und zur Pflichtierung Europas und zur Wiederherstellung des zerstörten Kontinents beitragen. Lloyd George schloß: Ich hoffe, die Konferenz wird zu dem Palie führen, wie ihn die Beschlüsse von Genua vorsehen, einem Palie, in dem sich die Nationen verpflichten würden, sich jeder aggressiven Haltung zu enthalten. Auf die Frage, wer die Feinde der Konferenz seien, erwiderte Lloyd George: Die Vente, die den Palie in Permanenz erklären und sich dieser Konföderation zwischen den Nationen freuen. Solange Deutschland und Rußland außerhalb des Volkerbundes stehen, ist kein wahrer Weltfriede möglich. Er sei überzeugt, daß die Konferenz zur Wiederherstellung der europäischen Harmonie beitragen werde.

Die Behandlung der russischen Frage.

Die Agence Havas meldet aus Genua: In den Unterredungen Lloyd Georges vor und nach dem Brüderlich mit den Führern der alliierten Nationen, denen sich die Vertreter der kleinen Entente angegeschlossen hatten, war die Rede von der Wiederaufnahme der im Ausdruck für russische Angelegenheiten infolge des deutsch-russischen Vertrages unterbrochenen Arbeiten. Die Alliierten hatten die russischen Vertreter am Sonnabend davon verständigt, daß sie die Versprechungen nicht wieder aufnehmen würden, solange sie nicht den ihnen gestellten Bedingungen zustimmen. Die russische Antwort, die gestern übergeben werden sollte, scheint nun nicht eine vollkommene Ablehnung zu sein. Infolgedessen handelt es sich darum, zu entscheiden, was der Ausdruck für russische Angelegenheiten tun wird. Barthou gab an, es könne von offiziellen Besprechungen mit den Vertretern Moskaus nicht die Rede sein. Es steht hinau, es sei sehr wünschenswert, die Vertreter der neutralen Staaten nicht mehr von den eingeleiteten Verhandlungen fernzuhalten. Dieser Ansicht schlossen sich alle alliierten Bevollmächtigten an. Es wurde beschlossen, daß der Unterausschuß für russische Angelegenheiten heute vormittags eine öffentliche Sitzung abhalten soll, in der auch den Bevollmächtigten der fünf einladenden Mächte die Vertreter Schwedens, der Schweiz, Polens und Rumäniens teilnehmen sollen; die deutschen und die russischen Vertreter werden dazu nicht eingeladen. Man wird beschließen, ob man die Verhandlungen mit den Sowjet-Vertretern fortsetzen soll oder nicht. Am Nachmittag wird derselbe Unterausschuß offiziell mit den Russen zusammenkommen, wenn ihre Zustimmung genehmigt wird.

Neben den Inhalten des russischen Memorandum, das den Alliierten gestern übergeben werden sollte, erfährt das "P. T." folgende Einzelheiten: Das Memorandum zählt alle Schäden auf, die Rußland durch den von den Alliierten unterstützten Bürgerkrieg und durch die Blockade erlitten habe. Insbesondere wird auf den Verlust Despotiens und auf die Verwüstungen im Gebiete von Archangelsk hingewiesen. Das Memorandum meldet den Anspruch auf Vergütung dieser Schäden an. Rußland gibt jedoch andererseits die Verpflichtung zu, seine Kriegsschulden zu bezahlen, verlangt aber zu diesem Zwecke ein Moratorium und Kredite.

Eine ironische Note an die Alliierten.

Aus Paris wird unter dem 20. April gemeldet: Wie die Agence Havas mitteilt, hat der Ministerpräsident Poincaré in der heutigen Sitzung des Kabinettsrats Bericht über seinen Schrift bei den Regierungen der alliierten Staaten und der kleinen Entente erstattet. Diese Regierungen ist eine Note zugesangen, in der sie erachteten, sich über eine an Deutschland gerichtende Forderung zu verständigen, daß der deutsch-russische Vertrag von Rjatovo annulliert werden müsse. Poincaré ist der Ansicht, daß diese Maßnahme von Regierung zu Regierung beschlossen werden kann, da nach seiner Auffassung bei den deutschen Vertretern begangene Fehler gewissermaßen über die Kompetenz der Konferenz von Genua hinausgehe. Der Wortlaut der Aufforderung an Deutschland soll von der Botschafterkonferenz auf Anweisung der alliierten Regierungen festgelegt werden. falls die Annahme der deutsch-russischen Konvention in Genua nicht zu erreichen wäre, hätten auf diese Weise die Alliierten eine Möglichkeit, sie außerhalb der Konferenz zu verlangen.

Zu dieser neuen Initiative des französischen Ministerpräsidenten schreibt das "Journal des Débats", offiziell könne die Frage aufgeworfen werden, ob die französische Regierung nicht auf diese Weise eine Parallelaktion zu denjenigen beginne, die gestern Lloyd George im Einvernehmen mit den alliierten Nationen in Genua unternommen habe. In amtlichen Kreisen scheine man indes der Ansicht zu sein, daß selbst für den Fall, daß in Genua die verlangte Annahme durchgesetzt würde, noch Anlaß gegeben wäre zu einer Prüfung der Frage, ob diese Annahme ausreichend und wirksam sei. Eine etwas ebenfalls aufgeworfene Frage würde in der Tat nicht genügen. Man habe vor einem ernsten militärischen Problem, das politisch behandelt werden müsse.

Die Antwort der deutschen Delegation.

Wie die Berliner Blätter aus Genua melden, wird die deutsche Antwortkunde heute morgen den Alliierten überreicht werden. In der Note wird Bewahrung eingelegt gegen den Vorwurf der Heimlichkeit und Illonalität beim Abschluß des deutsch-russischen Vertrages. Die Note betont, daß Deutschland auf die Teilnahme an den Verhandlungen des politischen Unterausschusses über die Regelung der russischen Frage so weit verzichtet, als die durch den deutsch-russischen Vertrag für Deutschland geregelten Punkte erledigt werden. Bei jeder Frage, die über den Bereich des Abkommens hinausgeht, insbesondere bei der Frage des Wiederaufbaus und der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Russlands, wird Deutschland nach wie vor mitarbeiten. Von einer Revision oder gar Annahme des deutsch-russischen Vertrages kann keine Rede sein. — Wie die Blätter hinzufügen, ist diese Regelung mit der Gegenseite eingehend besprochen worden. Die Einigung kann also als gesichert gelten.

Keine Unstimmigkeiten in der deutschen Delegation.

Wie von zuständiger Stelle in Berlin mitgeteilt wird, ist die gesamtstämmige verbreitete Meldung von Unstimmigkeiten in der deutschen Delegation in Genua falsch. Die Delegation ist vollkommen einig. Die Verhandlungen über eine Einigung der Situation gehen weiter. Eine Zurückziehung des deutsch-russischen Vertrages kommt nicht in Frage. Hierüber besteht mit den Russen Einigkeit.

Nach einer Neuer-Meldung aus Genua besteht keinerlei Grund zu der Annahme, daß die Verhandlungen der Genuer Konferenz abgebrochen werden. Eine hervorragende Persönlichkeit habe erklärt, die Konferenz müsse zum Siege geführt werden.

Keine deutsch-russische Militärkonvention.

Aus Berlin wird gemeldet: Zur Behauptung des "Daily Telegraph", es stehe die Unterzeichnung einer deutsch-russischen Militärkonvention bevor, wird von zuständiger Stelle gesagt, daß der mitgeteilte Text des deutsch-russischen Vertrages vollständig ist. Es gibt dazu weder Geheimtaufen noch Geheimabkommen. Von einem Militärbündnis ist keine Rede. Der englische Bericht ist in vollem Umfang erfunden.

Amtlich wird ferner aus Berlin gemeldet: Pariser Blätter stellen die Behauptung auf, die deutsche Regierung habe etwa 12.000 Mann Stoßtruppen nach dem Ruhrgebiet abgehen lassen, und in Oberschlesien kündige sie an, daß sie bereit sei zum Widerstande. Diese Nachricht ist in allen Teilen erfunden. Irgendeine Verhinderung von Teilen der Reichswehr oder von Polizeikräften hat nicht stattgefunden. Ebensoverständlich und aus der Lust geprägt ist die Behauptung von einem beabsichtigten Widerstande in Oberschlesien.

Die Kommissionsitzungen in Genua.

Über die am Mittwoch stattgefundenen Sitzungen der Unterausschüsse der Finanzkommission für Währungsfragen und für Fragen der Wechselkurse wird noch berichtet:

Der Vorsitzende, Sir Robert Horne, eröffnet zunächst die Diskussion über den Bericht des Sachverständigenausschusses. In den von dem Sachverständigenausschuss vorgeschlagenen Resolutionen stellten die Vertreter der österreichischen Delegation eine Reihe von Anträgen, die der Darstellung dienten und von der Kommission angenommen wurden. Von belgischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Empfehlung der Deflation durch den Sachverständigenausschuss einen gewissen Kreis von Ländern Bedenken begegne, da sie unter Umständen zu einer Erhöhung des Kredits führen könnte. Dies gelte namentlich in den Ländern, die sich in ihrer Währung nicht allzu weit von der Goldparität entfernt hätten und damit rechnen könnten, die Währung bald wiederherzustellen. Von französischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Konferenz der Zentralbanken durch die Bank von England sobald als möglich einberufen werden solle, und daß durch sie Maßnahmen für eine internationale Währungskonvention aufgestellt werden sollten. Der italienische Delegierte beantragte die Einführung eines Julochs, nach der in den Kongress der Zentralbanken vertretenen Vertretern der Regierungen eintreten sollten, sobald es sich um die Lösung von Fragen handele, die allgemeine Charakter seien oder die Interessen der Finanzreform berührten.

Der Vorsitzende stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß die Konferenz der Zentralbanken von jedem Regierungseinfluß frei sein müsse, um unbehindert ihre gesamte Geschäftsführung und Sauführung in den Dienst ihrer Aufgabe stellen zu können. Den Banken stände es frei, Vertreter der Regierungen auszuwählen, wenn sie dies für erforderlich erachteten. Dieser Ausschluß traten die Delegierten von Holland und Japan bei. Der Antrag der italienischen Delegierten wurde darauf zurückgezogen. Von italienischer Seite wurde nun mehr beantragt, die Fragen der Doppelbelastung der Wirtschaftskommission zu überweisen. Der Vorsitzende stellte abschließend fest, daß die Vorschläge des Sachverständigenausschusses im wesentlichen angenommen seien. Die deutschen Anträge, die die Behandlung der Kapitalflucht anstreben, und die gleichfalls zum Gegenstand der Prüfung des Sachverständigenausschusses gemacht worden waren, wurden darauf gleichfalls im Sinne des Gutachtens dieses Ausschusses erledigt. Demgemäß wurde es für zweckmäßig erachtet, die Prüfung der Mahnahmen internationaler Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Kampfes gegen die Kapitalflucht mit der Prüfung der Doppelbelastung zu verbinden, die zur Zeit von einer besonderen Kommission Sachverständiger des Volkerbundes behandelt wird. Hierauf wurde die Frage des Wechselkurses gleichfalls im Anschluß an das vorliegende Gutachten der Sachverständigenkommission erörtert, dem grundsätzlich von allen Beteiligten beigelegt wurde.

Die Ergebnisse der Beratungen der Unterkommissionen für Währungsfragen und Wechselkurse sollten zum Gegenstand der Schlussfassung im Hauptausschuß für die Finanzfragen am 20. April, nachmittags 3½ Uhr (Palazzo Giorgio) gemacht werden.

Wie von zuständiger Seite in Berlin mitgeteilt wird, brachte Hornbostel in der in der Sitzung des ethischen Unterausschusses der Wirtschaftskommission vorgestern in Genua überreichte Entschließung des internationalen Gewerkschaftsbundes die Wünsche der Arbeiterschaft der Welt zum Ausdruck. Die Grundlinien für die in Rede stehenden Fragen könnten nicht festgelegt werden, ohne daß die Stimme der Arbeiterschaft zu Worte gekommen sei. Gestern

Die deutsche Antwortnote.

Eine Antwort, die "Saare und Söhne" hat, wird die deutsche Delegation selbstverständlich auf die Note der beiden Entente nicht erzielen können. Die innere und äußere Lage Deutschlands verbietet es nun einmal seinen politischen Leitern, auf einen großen Krieg einen großen Krieg zu führen. Das aber die Reichsregierung nunmehr zu ihren Handlungen lebt und sahlt an dem Rechte Deutschlands, als souveräner Staat Verträge mit seinem Nachbarn abzuschließen, sahlt, das wird von der gesamten deutschen öffentlichen Meinung so einstimmig gefordert, daß die Stellung Deutschlands in diesem wichtigen Punkte bereits als unverrückbar angesehen werden kann. Es wird in der ausländischen Presse jetzt allerlei über Meinungsverschiedenheiten zwischen West und Rothenau gesagt. Man tut gut, diesen zu durchdringenden Zwecken verbreiteten Erfindungen und schiefen Darstellungen keine Beachtung zu schenken. Der Wortlaut der deutschen Antwort wird offensichtlich allen Spekulationen auf deutsche Uneinigkeit und deutsche Nachgiebigkeit schnell ein Ende machen. Es steht bereits fest, daß Deutschland weder das deutsch-russische Abkommen annullieren wird, was es ja auch garnicht mehr kann, noch auch auf die Teilnahme an den weiteren Verhandlungen mit den Russen verzichtet. Die Stellung Deutschlands wird dabei wesentlich unterstrichen werden durch die gleichzeitige an die Alliierten abgehende russische Antwort auf das Londoner Memorandum, in der die Russen klar und klar erklären wollen, daß die Ausbildung Deutschlands auch das Ende der Verhandlungen der Alliierten mit Rußland bedeuten würde.

Von den zwei Rückzugslinien, auf die Lloyd George die Deutschen verwiesen hat, nämlich entweder auf den Russenvertrag oder aber auf die Teilnahme an den weiteren Russenverhandlungen Verzicht zu leisten, wird die Reichsregierung keine von beiden betreten. Diese fachliche Festigkeit scheint uns das Wesentliche zu sein. Wenn dann die deutsche Antwort die eleganteste, bisher unter Geschäftsvierteln nicht übliche Tonart, die die Alliierten in ihrer Note angeschlagen haben, nicht entsprechend beantwortet, so wird man das in Abrede unserer sonstigen Lage und des Betriebs, eine Reiseung des Konflikts nicht an unserer schroffen Haltung scheitern zu lassen, verstehen und gutheißen. Für Lloyd George wird es ohnehin nicht leicht sein, nach allen den Irrungen und Wirrungen der letzten Tage zwischen dem deutsch-russischen Standpunkt und dem Beitreten der Franzosen, die Konferenz aufzulösen zu lassen und die Schuld den Deutschen in die Schuhe zu schieben, eine sinnbare Mittelstraße zu finden. Poincaré verfolgt nach wie vor die Auslösung des deutsch-russischen Abkommens und will, nachdem die juristische Kommission der Alliierten einen Bericht gegen den Verfaßter Vertrag in dem Abkommen nicht gefunden hat, nun auch noch die Reparationskommission und die Botschafterkonferenz zu dem gleichen Zweck in Bewegung setzen. Die Franzosen drohen außerdem, wenn der Vertrag aufrecht erhalten bleibt, von Genua abzureisen, oder wenigstens ihre Mitarbeit bei der Prüfung der russischen Fragen einzuhören. Alles wird jetzt darauf ankommen, ob die russische Delegation an ihrem Standpunkt unerschütterlich festhält. Weigert sie sich, ohne die Deutschen weiter zu verhandeln, so wird Frankreich zum diplomatischen Rückzug genötigt sein oder das Schicksal der Konferenz von Genua ist entschieden. Man darf sicher sein, daß in diesem Falle ein für Deutsche und Russen annehmbarer Vermittlungsweg gefunden werden wird. Die Lösung wird dann voraussichtlich darin bestehen, daß die allgemeine Kommission für die Russenfrage das deutsch-russische Abkommen noch einmal durchberaten wird, um es dann gegebenenfalls in den Rahmen eines mit Rußland abschließenden Gesamtvertrages einzufügen. In diesem Falle wird Herr Poincaré die Reparationskommission vergeblich bemüht haben.

Kongress der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Donnerstag wurde in Rom der Kongress der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale eröffnet, an dem 200 Delegierte teilnehmen, die 20 Länder vertreten. Aragona bildet im Namen des italienischen Gewerkschaftsbundes die Vorsitzungsanträge. Italien (Niederlande) sprach über die Abrüstung und den Krieg gegen den Antikrieg.

Die französische Arbeitergewerkschaft für Reparation

Die französische Arbeitergewerkschaft hat dem französischen Delegierten in Genua Gollet eine Resolution überreicht, worin die Arbeitergewerkschaft die Annahme der europäischen Kriegsschulden und die Einführung einer Reparationspolitik verlangt, die Deutschland erlaube, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Resolution erläutert zum Schluß, daß die ökonomische Wiederherstellung Europas durch die alleinige Mitarbeit der kapitalistischen Kräfte unmöglich sei und daß die Arbeiterschaft nicht dulden werde, daß der Wiederaufbau Europas nur ein Vorwand zur Schädigung der Arbeiterrichtlinie sei.

Amerika als der Schiedsrichter der Welt.

Der neuernannte Botschafter Amerikas für Ungarn Theodor Brentano erklärte, wie gemeldet wird, vor seiner Abreise aus New York, es sei Amerikas Wunsch, für einen internationalen Frieden mit Gerechtigkeit und Ehre einzutreten. "Das ist unsere Doktrin", sagte er, "die zu einem Weltprinzip gemacht werden sollte. Wir haben keinen Glauben an Frieden, menschliches Glück und Verschwendungen. Wir wünschen Frieden auf beiden Seiten des Ozeans. Wir haben weder eine mächtige Armee noch eine starke Flotte, aber wir sind reich genug an Ölquellen und Geld, um den Frieden anzubekämpfen, und aus diesem Grunde sind wir für diese Aufgabe gerüstet." Die ganze Welt blickt auf die Vereinigten Staaten als einen Schiedsrichter und einen Beileger internationaler Differenzen. Amerikas Ideal würde für immer darin bestehen, ein Schalter des Weltfriedens zu sein.

Der Türkensord in Berlin.

Aus Leipzig wird gemeldet: Mittwoch wurden hier zwei armenische Studenten verhaftet, die dringend verdächtigt sind, an dem Mordanschlag auf die beiden jugoslawischen Politiker in Berlin beteiligt gewesen zu sein. Die beiden Armenier, die hier bei einem Sprachlehrer Unterricht nahmen, hatten um ihren Urlaub gebeten, angeblich um zu ihren Familien nach Berlin zu reisen. Der Sprachlehrer, der durch die Zeitungsmeldungen die Mordtat erkannt hatte, schöppte Verdacht und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Beide wurden nach ihrer Verhaftung in Leipzig sofort photographiert und die Bilder nach Berlin geliefert. Hier stellten die Witwe Talat Paschas und die Witwe des ermordeten Bahri-Eddin-Chakie fest, daß einer der Photographierten derjenige war, der die Witwe Talat Paschas vor der Mordtat zurückhielt und mehrere Schüsse abgab. Auch die Hausverwalterin des Hauses Uhlandstraße 47, vor dem der Anschlag verübt wurde, stellte das Gleiche fest. Die Verhafteten werden heute nach Berlin überführt und den

Angeschlagenen der ermordeten gegenübergestellt werden. Auch die in Berlin wohnenden Familien der beiden Studenten wurden festgenommen.

Demonstrationen der Unabhängigen und Kommunisten.

Aus Berlin wird gemeldet: Entsprechend den Beschlüssen der Berliner Konferenz der drei Internationalen veranstalteten die Unabhängigen und Kommunisten gestern nochmals im Berliner Lustgarten eine gemeinsame Kundgebung. Die Zahl der Demonstranten wird vom „Berl. Tagess.“ auf 50000, von der „Roten Fahne“ auf 150000 geschätzt. Die Kommunistin Ruth Fischer, die von der Tontreppe gesprochen hatte, wurde nach der Kundgebung verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht, von wo sie jedoch bald wieder entlassen wurde. Im übrigen verließ die Demonstration ohne Zwischenfall.

Die sozialistische Kundgebung in Leipzig.

Die sozialistische Kundgebung für die Einheitsfront des Internationalen Proletariats, den Arbeitstag, gegen die drückenden Steuern, Teuerung, Kapitalismus usw., die am Donnerstag nachmittag gleich wie in anderen Städten auch in Leipzig stattfand, nahm einen ruhigen Verlauf. Da die Wiederbolschisten und Unabhängigen eine Beteiligung an der Demonstration abgelehnt hatten, wurde die Kundgebung vorwiegend von Kommunisten ausgeführt.

Arbeiterkundgebung in Wien.

Dienstag vormittag fand in Wien eine große Kundgebung der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterchaft für den Arbeitstag, für eine sozialistische Einheitsfront und für die Wiederaufnahme von Handelsabteilungen mit Sowjetrußland statt. An der Demonstration beteiligten sich weit mehr als 100000 Männer und Frauen. Um 4 Uhr nachmittags wurde in allen Betrieben und Fabriken die Arbeit eingestellt und die Arbeiter und Beamten zogen unter Vorantritt von Lofeln auf den Ring. Die Taten hatten Aufschreiten gegen den Kapitalismus, vielfach gegen den Distriktsleiter von St. Germain und Versailles. Die kommunistischen Arbeiter trugen Sowjetfahnen und demonstrierten laut für Sowjetrußland. Die Arbeiterstadt zog zwei Stunden lang vor dem Parlament in vollkommenen Ruhe und Ordnung vorbei bis zum Schwarzenbergplatz, wo sich der Zug aufstieß. Während der Demonstration hatten die Geschäfte und Kaffeehäuser ihre Tore geschlossen. Die Demonstration ist überall würdig verlaufen. Bis zum Abend ist kein einziger Zwischenfall gemeldet worden.

Die Vorgänge in Gleiwitz.

In der gestrigen Sitzung des französischen Ministerrats gab Ministerpräsident Poincaré Kenntnis von den ihm durch den Vorsitzenden der interalliierten Kommission in Überseelen angegangenen Nachrichten über die Verfolgung der Beschuldigten von Petersdorf und Gleiwitz. Die Gerichtsverhandlungen sollen in der ersten Hälfte des Monats Mai beginnen.

Die Forderungen der nationalägyptischen Partei.

Die Agence Havas teilt mit, dass der Führer der nationalägyptischen Partei und Vorsitzende des ägyptischen Komitees von Europa Ali Kemal Bei habe an die Mitglieder der Konferenz von Genf und an den Völkerbund ein Memorandum gerichtet, in dem die Unabhängigkeit Ägyptens und des ägyptischen Sudans unter folgenden Bedingungen verlangt werde: 1. Bedingungslose und uneingeschränkte Unabhängigkeit Ägyptens einschließlich des Sudans. 2. Internationale Garantie für diese Unabhängigkeit unter Beteiligung zum mindesten der großen Mittelmeermächte. 3. Einverständnis Ägyptens mit der dauernden tatsächlichen Internationalisierung des Suezkanals. 4. Keinerlei Kontrolle der ägyptischen Finanzen, abgesehen von der öffentlichen Schuld. 5. Falls das Komitee auf die Kapitulation verzichtet, kann das nur zum Vorteil Ägyptens geschehen. Die Wiederherstellung des Friedens in Ägypten ist, wie der ägyptische Parteiführer erklärt, abhängig von der Erfüllung dieser Bedingungen.

Tagesgeschichte.

Die Neuregelung der Bergarbeiterlöhne. Unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums haben am 19. April in Berlin Verhandlungen zur Neuregelung der Lohnbedingungen der Bergarbeiter stattgefunden. Der Schiedspruch, der die Höhe vom 20. April feststellt und eine Regelung bis Ende Mai vorsieht, ist heute vormittag in einer Konferenz der vier Bergarbeiterorganisationen, die im Reichstag zusammgetreten waren, mit überwältigender Mehrheit angenommen worden.

Im Textilstreit in der südbayerischen Textilindustrie wurde ein Schiedspruch gefällt, der die Regelung der Arbeitszeit dem Sozialaustausch der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Textilindustrie überwälzt. Die Parteien haben sich bis Sonnabend zu entscheiden. Die Arbeitnehmer er-

hören die Einverständnis mit der Leitung von zwei Urkunden in der Woche, für die tarifliche Entlöhnung zu bedienen sind.

Der amerikanische Botschafter in Berlin Houghton ist gestern in Berlin eingetroffen. Geh. Rat v. Günlich vom Auswärtigen Amt war zum Empfang auf dem Bahnhofe. Zu den Beleidigungen gegen Dr. Germes. Au dem förmlich durch die Kreise gegangenen Schreiben des Deutschen Gewerbeverbands an den Reichsminister Dr. Germes; das die Bitte um Sonderzulassung von Weintrauer enthielt, stellt das Reichsernährungsministerium fest, dass das Schreiben alsbald nach Eingang in den gewöhnlichen Geschäftsraum gegeben wurde und unter der Mitwirkung der zuständigen Abteilungen bearbeitet wurde. Der Winzerverband erhebt, wie die Überblätter melden, einen abledenden Beschwerde und die Beweisung an ihn für die Entscheidung 1921 stand nicht statt.

Nationale Erhöhung der Beamtengehälter. Dienstag vormittag begannen im Reichskanzleramt Verhandlungen der einzelnen Befolksgruppen über die Frage einer neuen Erhöhung der Beamtengehälter, die infolge des dauernden Steigens der Indexziffer der Spartenorganisationen der Beamten mit neuen materiellen Forderungen an die Regierung herantreten werden. An die Besprechungen wird sich der Botschafter folgen eine Zusammenkunft der Finanzminister der Länder anschließen, die wahrscheinlich in Süddeutschland stattfinden wird.

Schulstreit in Neukölln. Der von der Elternschaft dreier evangelischer Gemeindeschulen in Neukölln beschlossene Streit hat mit Schulbeginn nach den Osterferien voll eingesetzt. Von 2500 Kindern erschienen gestern nur einige wenige, die von den Streikschülern wieder nach Hause geschickt wurden. Die drei Schulen bleiben infolgedessen geschlossen.

Der süddeutsche Metallarbeiterstreit. Eine erneute Verhandlung der streikenden Metallarbeiter von Mannheim und Ludwigshafen hat eine kurze Mehrheit für die Fortführung des Streiks ergeben.

Kündigung sämtlicher Bauarbeiter im Industriegebiet. Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes im Industriebezirk haben, wie aus Essen gemeldet wird, gestern einstimmig beschlossen, gleichzeitig am Montag, den 24. April sämtliche Arbeitnehmer auszuwerben.

Die Eisenpreise. Aus Düsseldorf wird gemeldet: In der gestrigen Sitzung des Zuland-Arbeitsausschusses des Eisenwirtschaftsbundes wurde von den Arbeitnehmern der Antrag auf Wiedereinführung von Höchstpreisen für Kohle und Walzeisen gestellt, der aber mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde. Nach Schluss der Sitzung des Eisenwirtschaftsbundes traten die Vertreter der Verbraucher, der Händler und der Erzeuger-Unternehmer im Deutschen Stahlbunde zu einer Besprechung über die mit dem gestrigen Tage in Kraft getretene Kohlenpreiserhöhung zusammen. Die Besprechung hatte folgendes Ergebnis: Die von heute ab eintretende Kohlenpreiserhöhung von 194,80 M. für die Tonne (Steigerung des Preises für Feinkohle) würde nach den früher getroffenen Verbindungen entsprechende Halbzug- und Walzeisenpreise zur Folge haben. Der Stabessen-Preispreis würde sich hierdurch automatisch um 535 M. für die Tonne erhöhen müssen. Von den Vertretern der eisenerzeugenden Werke wurde aber zugestanden, dass die seit dem 1. d. M. geltenden Höchstpreise für Halbzug- und Walzeisen trotz dieser Kohlenpreiserhöhung einstweilen unverändert fortbestehen sollen vorbehaltlich einer vom 1. Mai d. J. ab eintretenden Aenderung, falls bis dahin eine anderweitige Preisregelung vorgenommen werden soll. Für solche Abschlüsse, die vor dem 1. April d. J. zu letzten Preisen mit Kohlenklausel getätigkt worden sind, können die Werke nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen erhöht werden.

Das neue Buchergesetz. Der neue Entwurf zum Buchergesetz schlägt die Tatbestandsmerkmale des Buchers aus, „wenn der Preis der Marktlage, insbesondere dem unter amtlicher Mitwirkung bekanntgemachten Wörtern und Marktpreise entspricht, sofern nicht durch Warenmangel oder erhebliche Schwierigkeiten Ware an den Markt zu bringen oder durch unlautere Machenschaften eine Notmarktlage geschaffen ist“. Der Entwurf stellt eine Erleichterung gegenüber den bisherigen sehr scharfen Bestimmungen dar. Nach den Richtlinien des alten Gesetzes war der Gestaltungskreis – Kapitalismus – Misskramme – Unternehmerlohn und ein angemessener Gewinn zulässig, der jedoch nur dem entstrebten durfte, der für eine gleichartige Ware im Frieden als angemessen galt. Trotz der Erleichterungen, die der neue Entwurf an sich enthält, hat auch er seine Nachteile. Insbesondere ist die durch ihn gegebene Umschreibung des Begriffs „Marktlage“ nicht ganz den Tatsachen entsprechend. Die Lage des Marktes ist abhängig vom Angebot und Nachfrage. Der amtlich notierte Marktpreis ist gerechtfertigt durch ihre behördliche Regelung, auch dann, wenn durch Mangel an Fristen eine sogenannte Notmarktlage geschaffen ist. Der Begriff „Marktpreis“ lässt sich aber nicht allein auf amtlich notierte Waren beziehen, sondern er umfasst alle Warenarten, und der an verschiedenen Orten für gleichartige Waren vergleichsweise ermittelte Durchschnittspreis hat als Marktpreis zu gelten. Das ist der allgemein gültige Be-

griff des „Marktpreis“. Undere Wiedergabe ist nur möglich, nur Rechtfertigung in weiteren Reihen erzielen, niemals aber ihre Bedeutung erzielen, was doch der Entwurf lediglich beabsichtigt.

Die Schiedsgerichtsung der Berliner städtischen Werke. Nach der „B. S.“ haben die Funktionäre der städtischen Betriebe den Mittwoch schon vom Magistrat angenommene Schiedsgerichtsordnung über den neuen Mantlarif abgelehnt. Das Tarifgericht hatte die Annahme des Schiedsgerichts empfohlen. Bei der Abstimmung wurden nur 200 Stimmen für diesen Antrag abgegeben. Die Versammlung kam über ein, über die Annahme des Schiedsgerichts und den Streik sofort eine Urabstimmung in allen städtischen Betrieben vorzunehmen zu lassen, die bis zum nächsten Dienstag abgeschlossen sein soll.

Jugoslawien.

Kreditangebote. Die jugoslawische Regierung erhält dieser Tage drei ähnliche Anleiheanträge. Eine amerikanische Bankengruppe bietet 100 Millionen Dollars zu 7% Prozent hin an. Von dieser Summe will die Bankengruppe sofort 25 Millionen zur Verfügung stellen, etwas später dann weitere 25 Millionen. Der Rest soll dann beim Ausbau der Bahn Belgrad–Adria investiert werden. Die Anleihe kann auch konvertiert werden. Eine weitere amerikanische Bankengruppe bietet 50 Millionen Dollars an unter fast ähnlichen Bedingungen. Eine dritte 50 Millionen Dinar-Anleihe bietet ein britisch-belgisches Banken-Konsortium an. Der finanzamericane Konsortium, welcher wegen dieser Anleiheantrittungen aus Genf nach Belgrad berufen wurde, prüft am Donnerstag zunächst das amerikanische Angebot, worüber er dem Ministerrat zur Schlussfassung berichten wird. Es verlautet, die erste amerikanische Bankengruppe habe höhere Ansichten.

Kunst und Wissenschaft.

Wochenspielplan der Sächsischen Staatstheater zu Dresden vom 23. April bis 1. Mai 1922. Überbaud: Sonntag: „In einer Einsiedlung und Infanterie „Oberon“ (7–10). Montag: „Die Schneider von Schönau“ (1/8–11). Dienstag: „Oberon“ (1/8–11). Mittwoch: „Die Bauburste“; Königin der Nacht: Gertrud Weissmann a. G. (7–10). Donnerstag: „Sizilianische Bauernehe“, „Der Bojazzo“; Nedda: Lydia Matel a. G. (7–10). Freitag: „Sinfoniekonzert Reihe B (7 Uhr). 1/12 Uhr öffentliche Hauptprobe. Sonnabend: „Die verkauft Braut“ Marie: Lydia Matel a. G. (1/8–10). Sonntag: „Oberon“ (1/8–11). Montag: „Der Troubadour“ (1/8–10). Schauspielhaus:

Sonntag: „Ein Sommernachtstraum“ (7–10). Montag: „Bon Morgens bis Mitternacht“ (7–10). Dienstag: „Der Bibervogel“ (1/8–10). Mittwoch: „Wilhelm Tell“ (7–10). Donnerstag: „Hafemanns Tochter“ (7–10). Freitag: „Goges und sein Ring“ (7–10). Sonnabend: „Die Braut von Messina“ (7–10). Montag: „Hafemanns Tochter“ (7–10).

Grete Meissel-Hoch geboren. Am der Berliner Charité starb dieser Tage die bekannte Schriftstellerin Grete Meissel-Hoch, deren Romane und Novellen, besonders deren jugendliche Schriften, viel gelesen, einige Zeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion standen. Die Schriftstellerin war 1893 in Prag geboren, bereits in jungen Jahren nach Berlin übergesiedelt, wo sie den Höhepunkt ihres Schaffens, aber auch — nach langerer Verhörlung mit spirituellen Fragen — ihren Nervenzusammenbruch erlebte, dem, nach Jahren schweren Leidens und harter Not, der einsame Tod im Krankenhaus folgte. Die einsame geisterige Autorin war zu einem „Fall“ geworden, dessen sich die Kerze annehmen, ohne Schildung bringen zu können. Grete Meissel-Hoch Aufstieg fällt in jene Zeit der jungen, bürgerlichen Moderne, als im Eintritt in Wissens, den jungen Standinavier und Franzosen, auch in Deutschland der Kampf gegen die „konventionellen Wagen der Kulturmenschheit“, insbesondere gegen die „sexuelle Lüge“ weiter kreist. „Der heilige Starbäns“ der Elie Jerusalem, die Klasse der Eltern ken, endlich Bedektds „Frühlingserwachen“ schufen die Atmosphäre, aus welcher heraus Grete Meissel-Hoch ihr Hauptwerk, die „sexuelle Lüge“ schrieb. Berlin stand im Zentrum des Kampfes um die Frauemanzipation und die Polemik der Frau Meissel-Hoch gegen Otto Weininger fand in weiten Kreisen, denen die elbische Geschlechterlosigkeit beider Geschlechter Streitziel war, Anklang. Es ist keine einzige Jahre her, seit „die sexuelle Lüge“ erschien: Und doch, durch Weltkrieg und Nachkriegszeit von jenen Tagen getrennt, sind wir ihren Problemen entwachsen, haben ihre Fragen teils spielerig gelöst, teils zurückgestellt. Grete Meissel-Hoch, deren Kampf immer mehr zum Ringen um die Monogamie wurde, verlor die Hoffnung gegen die „sexuelle Lüge“ aus der Hand, in die sie sich selbst immer mehr verstrickte. Ohne die großen Bräuche sozialen und religiösen Willens, die Toleranz die Kraft zu seiner „Kreuzsonate“ geben, fügte sie nach gleichen Riesen, ihre zweite größere Schrift „Das Wesen der Geschlechtlichkeit“ erlegte dem Übergewicht feindlicher Weiblichkeit, und der „Okkultismus, immer geistiges Ablöse der geistig Heimatlosen, umfängt die im Raum Erlegene ...“

„Wollen Sie sich jetzt forschieren, Herr?“

„Nein, das werde ich nicht, und Sie werden auch nicht hören, Kapitän! Es gehört nicht zum guten Ton auf der See, dass man einen Menschen mit Kanonenkugeln traktiert, dessen Hörer man noch nicht einmal aufgerautet hat. Es widersteht mir durchaus, auf diese Weise von meinen Geschenken zu sprechen; oder Sie erwidern mich, den Beweis zu führen, da ich mich ebenfalls auf den Seebruch verstehe!“

„Ich wünsche meine Fahrt unbehelligt fortzusetzen, Herr Tann!“

„Ach, bester Kapitän, machen Sie mich nicht lächeln mit Ihrer Fahrt. Wenn Sie uns entwischen können, dann tun Sie es doch; ich werde Ihnen kein Hindernis in den Weg legen!“

„Wollen Sie sich forschieren, Herr?“

„Gewiss nicht! Ich bin vollkommen im Recht. Dieser Teil des Meeres gehört genau so gut wie wie dem Rajah. Ich halte Sie nicht im geringsten auf, und all Ihr Geschrei von Einnahme ist puren Unsinn. Wenn ich mein Boot so nahe an Ihres heranträfe, das Gescheh vorläge, dann könnten Sie Einwendungen machen. Aber ich bitte Sie, davon Kenntnis zu nehmen, das ich meine Jacht vollständig in der Gewalt habe und Ihre Bewegungen aufs genaueste regeln kann, so das ich den richtigen Abstand zwischen beiden Schiffen bis auf den Zentimeter einhalten kann. Wollte ich weiter absieben, so könnte ich mich nicht mit Ihnen unterhalten, ohne meinen Hals anzufeuern, und dazu habe ich keine Lust. Also Sie wollen weder auf mein Schiff kommen, noch mir erlauben, das Ihre zu betreten?“

„So ist es!“

„Nun, ich glaube, es wäre besser, wenn es nicht so wäre. Sie gwingen mich nämlich durch Ihre Verhaltens, den erwähnten Brief und die übrigen Schriftstücke hier vor den Ohren Ihrer und meiner Mannschaft laut zu verlesen.“

„Keineswegs lesen Sie doch der Mannschaft was, was Sie woll — (Fortsetzung folgt)

Tann von Schöllnach.

Ein Börsenroman von Barr. Runkel

42

(Rohrdruck verboten.)

Nach einem Augenblick des Zögerns landete der Kapitän den Befehl nach unten; dann wandte er sich wieder dem weißen Schiff zu, das jetzt genau Schritt hielt mit seinem schwarzen.

„Kapitän,“ sprach Tann jetzt in seiner gewöhnlichen ruhigen, höflichen Weise, „sowohl Alpisch als ich haben es sehr bedauert, dass Sie das Gebetsstück nicht mit uns einnehmen konnten. Vielleicht sind Sie jetzt so liebenswürdig, an Bord meiner Jacht zu kommen und das Diner mit mir einzunehmen!“

„Ein Kapitän verlässt sein Schiff nicht,“ versetzte der Führer des „Rajah“ kurz.

„Gewöhnlich allerdings nicht,“ war die Antwort, „aber dies ist ein außergewöhnlicher Fall. Ich habe einen Brief für Sie, Kapitän!“

„Warum haben Sie mir den nicht heute mittag gegeben?“

„Ich, lieber Himmel, man kann doch nicht an alles denken, wenn man sich über die Ankunft eines unerwarteten und sehr willkommenen Gastes freut! Sie müssen gestehen, Kapitän, dass ich, nachdem ich einmal die Rolle des Briefträgers zur See übernommen, sie auch mit anerkennenswerter Promptheit durchgeführt habe. Ich glaube nicht, dass sich noch ein zweites Schiff in diesen Gewässern findet, das Sie so schnell eingeholt hätte wie ich. Wollen Sie also nicht eine Ausnahme machen und meine Jacht mit Ihrer Gegenwart bereichern?“

„Nein, das will ich nicht! Wenn Sie wirklich einen Brief für mich haben, so werde ich ein Tau herablassen, um ihn einzuholen.“

„Rajah, das ist ja ganz nett von Ihnen! In Deutschland läuft sich jemand herab, Ihnen zu schreiben, und Sie lassen ein Tau herab, um das Schriftstück in Empfang zu nehmen. Übersehen Sie, Kapitän, wenn der Brief nur an Sie adressiert ist, ich trenne mich nicht gern

davon! Und dann habe ich auch noch ein paar andere Urkunden in der Tasche, die ich Ihnen gern zeigen möchte, und die Sie interessieren werden!“

Hörten Sie mal, Herr Tann, ich bin Kapitän an Bord dieses Dampfers, und ich bin auf hoher See! Ich mache Sie darauf aufmerksam, und zwar vor Zeugen, dass jede Einmischung Ihrerseits an Seerdübelgrenze liegt! Ich werde nicht an Bord Ihres Dampfers kommen, und ich werde auch niemand von Ihrem Schiff gestatten, an Bord des meinen zu kommen! Ich nehme Bescheid von keinem Menschen außer von meinen Reedern, den Eigentümern des „Rajah“, an! Ich stehe in deren Dienst und handle nach Ihren Vorschriften! Ich werde mit Ihrer Einmischung nicht gutwillig gefallen lassen!“

„Ich sage noch einmal: ganz recht, Kapitän! Ihre Ansichten sind bewunderungswürdig, und Ihre Begriffe von nautischen Pflichten vollkommen korrekt! Trotzdem ist es unbedingt nötig, dass Sie und ich eine kleine friedliche Unterhaltung miteinander führen, und deshalb bitte ich Sie nochmals, tun Sie mir den Gefallen und kommen Sie an Bord!“

„Ich komme nicht!“

„Ach, wenn der Berg nicht zum Propheten kommt, muss der Prophet zum Berg kommen! Ich bitte also um die Erlaubnis, an Bord Ihres Dampfers kommen zu dürfen!“

„Und ich werde Ihnen diese Erlaubnis nicht geben! Ich habe Ihnen das schon einmal gesagt! Und nun scheren Sie sich fort, Herr, oder ich ziehe Ihnen eine Granate in den Magazinenraum!“

„Ach, haben Sie Geschütze an Bord? Das ist ja teilzeng! Wir sind vollständig unbewaffnet, sowohl schwere Geschütze in Fregate somit; aber ich will Ihnen nur sagen, Kapitän, ich weite zehn gegen eins, dass Ihre Kanonenfusil nicht viel Schaden anrichten wird. Sie könnten sogar eine schwimmende Mine direkt vor die „Weiße Dame“ legen, und wenn ich auch überzeugt bin, dass ihr Bug in die Lüfte fliegen würde, so glaube ich doch, ich könnte meinen Weg bis zum nächsten Hafen wie ein Krebs rückwärts machen.“

„Rajah, das ist ja ganz nett von Ihnen! In Deutschland läuft sich jemand herab, Ihnen zu schreiben, und Sie lassen ein Tau herab, um das Schriftstück in Empfang zu nehmen. Übersehen Sie, Kapitän, wenn der Brief nur an Sie adressiert ist, ich trenne mich nicht gern